

SUNDHYA PAHUJA

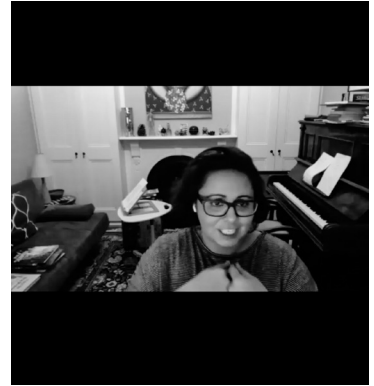
Der Staat als Kolonialware

Ein Gespräch

Die Pandemie strapaziert die Lieferketten. Lockdowns und Grenzsicherungen, Quarantäne und Insolvenzen verlangsamen die globale Warenzirkulation. Und manches Handelsgut kommt nie an. In Lieferschwierigkeiten geriet im vergangenen Sommer auch Sundhya Pahuja, die uns für dieses Heft ein gemeinsam mit Jeremy Baskin verfasstes Stück über eine besondere Kolonialware und deren vielschichtige ökonomische und kulturelle Kontexte zugesagt hatte. Die durch die Pandemie ausgelöste Krise des australischen Universitätssystems führte auch an der Universität Melbourne, an der Pahuja Völkerrecht lehrt, zu Umstrukturierungen, die weiter andauern. Keine Zeit, um in Ruhe über koloniale Güter und ihre verschlungenen Wanderwege nachzudenken. Gerade in der gegenwärtigen Ausnahmesituation kommt es aber besonders auf die langen Leitungen an, die verlässlichen Verbindungen zwischen Menschen und Kontinenten. Deswegen haben wir die Lieferkette neu geknüpft und mit Sundhya Pahuja an einem Dienstag im Oktober 2020 ein Zoom-Gespräch über die Lage der Wissenschaft am anderen Ende der Welt geführt, über ihre Forschung und ihre Methode. Und natürlich über Kolonialwaren.

Auf dem globalen Ausbildungsmarkt ist Wissenschaft längst Ware und Handelsgut, und wenn man die Kategorie der «neoliberalen Universität» in Anschlag bringt, dann stand die Universität Melbourne in den vergangenen Jahren mit an der Spitze der Ökonomisierung von Forschung und Lehre. Wie hat sich die Pandemie dort auf den Alltag und auf die institutionellen Strukturen ausgewirkt?

Die Pandemie hat zu einem finanziellen Zusammenbruch des australischen Universitätssystems geführt, der durch die Abhängigkeit von Studierenden aus Übersee verursacht wurde. In den letzten zehn Jahren gab es eine Art unheilige Allianz zwischen Konservativen und Progressiven: Die Universitäten wurden nicht ausreichend von der öffentlichen Hand finanziert, und neben ihrer Funktion als Ausbildungsort der Australierinnen und Australier entstand ein fast gänzlich unregulierter Markt für Bildung, die an internationale Studierende verkauft wurde. Das ging so weit, dass zuletzt fast die Hälfte der Studierenden internationale Studentinnen und Studenten waren, die in den meisten Studien-



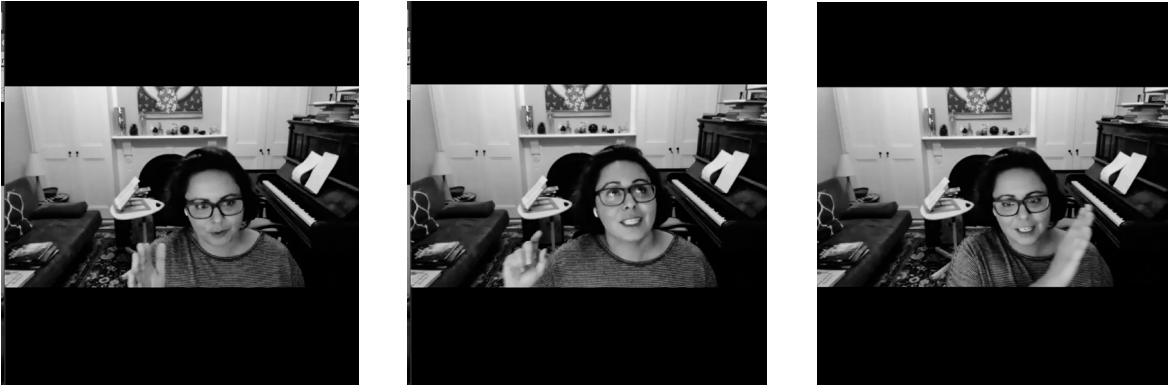


Abb. 1
Lange Leitung nach Mel-
bourne. Die Völkerrechtlerin
Sundhya Pahuja im
Zoom-Gespräch, Dienstag,
6. Oktober 2020.

gängen viel höhere Gebühren als Einheimische zahlten. Gleichzeitig kam es zu einer Hyper-Prekarisierung der akademischen Beschäftigten, zu einer erheblichen Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse insbesondere in der Lehre. Als der Geldzufluss aus Übersee versiegte, wurden alle befristet beschäftigten Lehrkräfte entlassen.

Die doppelt problematische Situation eines durchökonomisierten, stark vermarkteten Wissenschaftssystems mit einer hohen Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse, das in der Pandemie kollabiert, ist ein Ergebnis dessen, was man als «Neoliberalisierung der Universität» bezeichnen kann. Wir sehen hier tatsächlich ein interessantes Beispiel für Transformationen von kolonialen in postkoloniale Formen. Eines der Narrative, die wir bislang kultiviert haben, enthielt die Nostalgie für etwas, das der Philosoph Raymond Gaita die «weltentrückte Universität» (*unworldly university*) nennt – eine Universität, die sich nicht von den Anforderungen des Marktes unter Druck setzen lässt, die Raum für Reflexion eröffnet, die geisteswissenschaftlich orientiert ist und die *liberal arts* pflegt. Diese nostalgische Sehnsucht ist besonders interessant vor dem Hintergrund der Geschichte der australischen Universitäten. Sie wurden gegründet, als Australien noch eine Kolonie war – um Fachleute auszubilden, mit stark berufsorientierter Ausrichtung. Es gab also eine koloniale Form, in der es um die Ausbildung von Technokraten für die Verwaltung einer Kolonie

ging, und diese Form wurde in den 1970er Jahren für einen kurzen Moment in etwas transformiert, dem ein demokratisches Versprechen innewohnte. Als 1974 von einer linken Regierung unter Führung von Gough Whitlam die Studiengebühren abgeschafft wurden, gab es einen kurzen Moment der demokratischen Begeisterung, viele Menschen besuchten als erste in ihrer Familie eine Universität. Das Studium blieb bis 1988 kostenlos, dann war es eine Labour-Regierung, die Gebühren einführte, aber sie waren recht moderat. Zudem war das System als Modell nachlaufender Studiengebühren konzipiert, deren spätere Rückzahlung sich nach der Einkommenshöhe richtete. Es lässt sich hier also eine Transformation beobachten: die Migration der kolonialen Form durch das, was sich in einigen reichen Ländern in den 1970er und 1980er Jahren zunehmend als untypisches Moment demokratischer Verheißung erwies – bis hin zu den neoliberalen Formen der 1990er und 2000er Jahre. In diesen Jahrzehnten wurde die Universität immer unternehmerischer organisiert. Effizienz wurde zum Mantra. Doch um funktionieren zu können, war diese neoliberalisierende Universität auf die Idee der *unworldly university* angewiesen – und darauf, dass diese Idee von den meisten ihrer Beschäftigten hochgehalten wurde. Selbst als die Funktionslogiken zunehmend vom Markt bestimmt wurden, hielten wir, die wir dort arbeiteten, an der Idee einer dem Gemeinwohl verpflichteten, weltentrückt und tiefgründig nachdenklichen Universität fest. Es war dieses Paradox, dieser Mythos, der das Funktionieren der Universität gewährleistete. Durch die eigene Arbeit subventionierten die Beschäftigten die Universität – doch als diese Arbeit monetarisiert werden musste, konnte das System nicht mehr aufrechterhalten werden.

Man könnte aber auch sagen, dass dieser Mythos für die australische Universität selbst Teil ihrer Vermarktungsstrategie geworden ist – ein *marketable good*. Als koloniales Bildungssystem war das australische Wissenschaftssystem, wie wir gesehen haben, ein System, in dem die besten Leute von der Peripherie in die Metropole gingen und ihre Graduiertenausbildung, ihr Promotionsstudium in Großbritannien, später auch in den USA absolvierten. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich diese Dynamik in einigen Bereichen umgekehrt: In unserem Feld zum

Beispiel, der Rechtswissenschaft, gingen viele der besten Leute aus Europa und den USA nach Melbourne, als Gastforschende oder Doktorandinnen – weil Melbourne diesen Mythos der forschungsbasierten, freien und intellektuell anregenden Universität versprach. Das Paradox ist also Teil des Erfolgs auf dem Weltmarkt geworden.

Die traurige Ironie dieses – soweit es unser Forschungsprofil angeht – «Goldenen Zeitalters» der australischen Universität ist ein schmutziges Geheimnis, ein *dirty secret*, das wir – ich – uns viel deutlicher hätten bewusst machen müssen, auch wenn es die Law School nicht so stark betrifft wie die Universität insgesamt: Unsere Forschungsexzellenz wurde von Studierenden aus Übersee finanziert, die sechsstellige Beträge für ihren Abschluss zahlten, durch hocheffiziente Vermarktungsstrukturen und die Ausbeutung von Lehrenden in prekären Arbeitsverhältnissen. Während wir in der Welt umherschweiften und uns in der Völkerrechtswissenschaft einen Namen machten, wurde das Geld dafür durch ziemlich problematische Prozesse generiert, die zu einer surrealen Stratifizierung des akademischen Sektors führten: zwischen den schicken Professorinnen einerseits und den *casual workers* andererseits.

Wird sich das nun ändern?

Es gibt Leute, die alles so schnell wie möglich wieder so haben wollen, wie es war: offene Grenzen für internationale Studierende, ein Finanzierungsmodell, das im Wesentlichen dasselbe ist wie gehabt. Zuwendungen der öffentlichen Hand sind kaum zu erwarten, das Universitätssystem ist für die meisten Wähler nicht von Bedeutung. Als zu Beginn der Pandemie für Unternehmen Lohnersatzleistungen und andere großzügige Subventionen angeboten wurden, wurden wir von solchen Förderprogrammen ausgeschlossen. Ohne die Neukonzeption einer verkleinerten Universität ist im Moment kaum vorstellbar, was in Australien in Zukunft mit der Forschung geschehen soll.

Melbourne ist Teil der pazifischen Region, die meisten der überseeischen Studierenden kamen bislang aus China und Indien. Wenn man die geopolitische Entwicklung ansieht – ist dann überhaupt wieder mit einem beträchtlichen Zustrom von Studierenden aus diesen Ländern zu

rechnen, wenn die Pandemie vorüber oder jedenfalls besser handhabbar geworden ist?

Die überwiegende Mehrheit unserer Studierenden kommt seit Jahren aus China. Das trifft nicht für jede Universität in Australien zu, aber sicherlich für Melbourne. Daher gab es immer die Möglichkeit einer «geopolitischen Unterbrechung» des Zustroms von Studentinnen und Studenten. Und viele Leute sprechen davon, dass durch die starke Abhängigkeit von China ein *chilling effect* entstanden sei, der die Forschung und das offene Gespräch einenge. Deshalb drängen wir unsere Universitätsleitung nun, neu und anders über die Zusammensetzung unserer Studierendenschaft nachzudenken; sie nicht nur als Geldquelle oder monetäre Ressource zu sehen, sondern zu überlegen, welche Art von Mischverhältnis zwischen lokalen und internationalen Studierenden wir wollen – damit wir uns mit intellektuell glaubwürdigen Zielen neu orientieren können.

Ist das vielleicht sogar eine Art Neuverortung der Universität, mit der das Universitätssystem wieder stärker an die lokale Gemeinschaft rückgebunden wird?

Ja, unbedingt. Denn die wirtschaftliche Situation, die sich aus der Pandemie ergibt und noch weiter ergeben wird, hat bereits zu einem massiven Anstieg der Bewerbungen einheimischer Studentinnen und Studenten geführt. Für die Universität Melbourne, die an der Spitze der Hierarchie steht, bedeutet das eine Bewerberzahl, die unsere Plätze bei weitem übersteigt. Gleichzeitig fordert die Regierung eine stärkere Beteiligung der Studierenden an den Ausbildungskosten, der Druck auf sie wird stärker. Es ist sehr schwer vorauszusehen, was in Zukunft mit unseren Universitäten geschehen wird, selbst mit den ganz elitären.

Denken wir noch etwas weiter über die Auswirkungen der Pandemie nach, auf globaler Ebene. In Ihrem Podcast haben Sie zu diesem Thema unlängst ein sehr interessantes Gespräch mit den beiden Völkerrechtlern Michael Fakhri und Luis Eslava geführt, mit besonderem Augenmerk auf Fakhris Rolle als UN-Sonderberichterstatter für Ernährungssicherheit. Wenn wir die globalen Auswirkungen der Pandemie anschauen, so ein Ergebnis des Gesprächs, dann zeigt sich, dass viele

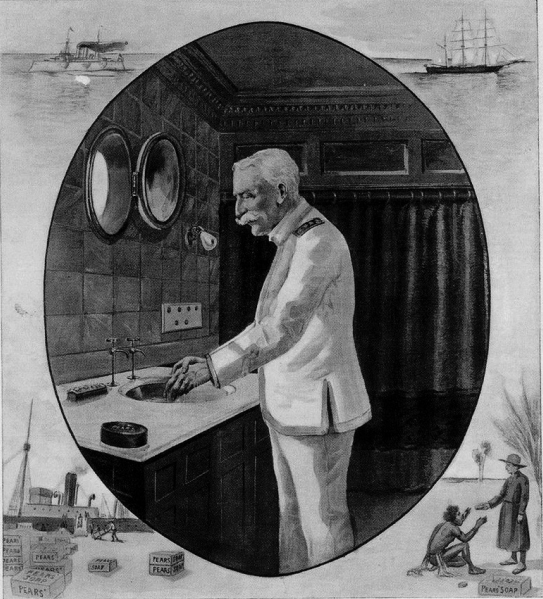
längst bestehende Ungleichheiten in den vergangenen Monaten schärfere Konturen angenommen haben.

Ja, das ist richtig. Diese Beobachtung haben inzwischen viele gemacht. Interessant ist: In einem reichen Land wie Australien hatte es für einen Moment den Anschein, es könne die Möglichkeit einer Neukonfiguration einiger der neoliberalen Glaubenssätze geben, die unsere Politik prägen. Das Arbeitslosengeld wurde erhöht, die Sozialleistungen ergänzt. Plötzlich verschwand die ganze Diskussion darüber, welche Armen Unterstützung verdient haben und welche nicht – denn alle waren von der Pandemie betroffen. Dennoch hat sich die soziale Ungleichheit verschärft. Wenn wir in einer globalen Perspektive über grundlegende soziale Infrastrukturen nachdenken, dann zeigt sich: Länder mit guten öffentlichen Gesundheitssystemen haben die Situation bisher viel besser gemeistert. Auch Orte mit mehr Gleichheit haben viel bessere Ergebnisse erzielt. Einige meiner Studierenden im Kurs *Law & Development* kommen aus der indischen Provinz Kerala, und sie haben Studienarbeiten über die Reaktion auf die Pandemie in Kerala geschrieben – das war hochinteressant, weil man es dort durch ein sehr dezentralisiertes, sozusagen «barfüßiges» Gesundheitssystem schaffte, Infektionszahlen und Todesfälle wirklich niedrig zu halten. Dabei scheint Gleichheit eine große Rolle gespielt zu haben. Das Maß bereits bestehender Gleichheit oder Ungleichheit scheint ein echter Indikator dafür zu sein, wie Länder aus der Pandemie hervorgehen. Wie die Pandemie Ungleichheit bloßlegt – das ist schockierend. Wenn ich online unterrichte, sehe ich natürlich den großen Unterschied zwischen denen, die einen Raum haben, in dem sie gut arbeiten können, und denen, die von ihrem Schlafzimmer aus mit einer schlechten Internetverbindung arbeiten. Viele Studierende aus Übersee sind einsam, sie haben keine Jobs mehr, weil das Gastgewerbe verschwunden ist, wo viele von ihnen beschäftigt waren. Obwohl es also auf einer Ebene banal ist, das Leben im Lockdown, in der Pandemie zu beschreiben, so zeigt sich hier doch ein aufschlussreicher Mikrokosmos der globalen politischen Ökonomie, in der so viele Dinge so ungleich verteilt sind.

Sprechen wir von der Kolonialware, über die Sie eigentlich an dieser Stelle schreiben wollten.

Mit dem Beitrag über die Geschichte der Seife, den Jeremy Baskin und ich für Sie schreiben wollten, wollten wir die Hygienefixierung in der Pandemie aufgreifen – und darüber nachdenken, was uns die Geschichte der Seife über die Geschichte, den Wettbewerb und die Konvergenz zwischen Unternehmen und Staat in der Kolonialzeit erzählen kann. Wie Unternehmen eine Art Verbindungspunkt zwischen Metropole und Kolonie wurden, wie Staat und Unternehmen genauso verbunden waren durch Massenkonsum und die Extraktion von Rohstoffen, mit der *civilizing mission* als Konvergenzpunkt. So, wie diese «zivilisatorische Mission» die Kolonisierung rechtfertigte, so bot sie auch Gelegenheit zur Ausweitung der Konsumgütermärkte. Die Werbung für *Pears' Soap* (jetzt ein Produkt von Unilever) ist wirklich interessant, weil sie beispielsweise mit hochrassistischen Bildern der Ankunft von Seifenstücken an tropischen Stränden arbeitet. Es gibt diese sehr bekannte Anzeigenwerbung von Unilever für *Pears' Soap*, auf der ein Mann in Militäruniform zu sehen ist, der seine Hände wäscht, und unter dem Bild steht «der erste Schritt zur Erleichterung der Last des weißen Mannes» (Abb. 2). Oft sieht man auf Abbildungen nur diesen zentralen Teil des Plakats, aber wenn man die ganze Anzeige anschaut, dann sieht man in den vier Ecken um den Kreis herum ein Kriegsschiff, ein Handelsschiff, einen Missionar und dann ein Schiff, das *Pears' Soap* transportiert. Wir sehen also die Einheit von Militär, Handel, Unternehmen und Mission, und das alles unter dem Banner der *civilizing mission*, die die kommerzielle Expansion untermauerte. Wir wählten das Beispiel der Seife auch deshalb, weil sie die Gewinnung von Palmöl mit der Produktion von Konsumgütermärkten im Norden verbindet. Im viktorianischen England hatten die Reichen Angst vor den in die Städte zugewanderten Armen, weil sie schmutzig waren. Und die Reichen waren auch bestrebt zu verhindern, dass die Armen von gefährlichen politischen Ideen «infiziert» wurden. So wurde die *civilizing mission* zu Hause in der Metropole durch die Interpolation (Zwischenschaltung) der Arbeiterklasse angetrieben – die so mit ihren Bedürfnissen gleichsam in die Kolonien «exportiert» wurde,

Abb. 2
Die Kolonialware Seife im
Zeichen von Militär, Handel,
Unternehmen und Mission.
Anzeigenwerbung von
Unilever für «Pears' Soap».



The first step towards lightening
The White Man's Burden
is through teaching the virtues of cleanliness.

Pears' Soap

is a potent factor in brightening the dark corners of the earth as civilization advances, while amongst the cultured of all nations it holds the highest place—it is the ideal toilet soap.

um die Massenextraktion und die Gewinnung von Märkten zu rechtfertigen.

Interessant ist auch, was diese rassistische Seifenwerbung bewirkte. Der «Wilde», der auf den *Pears'*-Anzeigen abgebildet wurde, bot der britischen Arbeiterklasse die Möglichkeit, sich von jemandem abzugrenzen, der noch mehr «anders» zu sein schien. Neben der Rechtfertigung der kolonialen Expansion stand so also auch ein Import kolonialer Rassisierung in das Herz des Empire. Es gibt hier eine starke Parallele zur Geschichte der Modernisierung und deren Kontinuitäten im Entwicklungsprojekt des 20. und 21. Jahrhunderts. Die Übereinstimmung zwischen den Interessen der Wirtschaft und denen des imperialen Staates findet sich sehr prägnant in Frederick Lugards *The Dual Mandate in British Tropical Africa* (1922), wenn dort von Zivilisation und Kommerz die Rede ist. Wirtschaft und Staat gingen Hand in Hand. Und die historischen Beispiele zeigen, dass die Produktion von Nachfrage, von Begehrlichkeiten dabei immer wieder durch die Formierung eines rassifizierten «Anderen» geschah.

Die Konzentration auf ein Objekt entspricht einem *turn to materiality*, der sich in vielen Bereichen der Rechtswissenschaft beobachten lässt. Ist das ein methodisches Werkzeug, das Sie häufiger einsetzen?

In meiner eigenen Forschung verfare ich sonst nicht so; ich bin eine institutionelle Denkerin, interessiere mich für Praktiken und Institutionen. Oft unterrichte ich aber mittels einer einzigen Ware – in meinem Kurs *Investment Regulation and Development* bitte ich die Studierenden, ihr Denken anhand der Geschichte einer einzigen Ware zu organisieren – sei es Kaffee, Banane, Zucker, Öl oder Wasser. Das hat sich als sehr effektive pädagogische Strategie erwiesen. In der Forschung erlaubt es ein Objekt, einen Einstiegspunkt, einen Organisationspunkt für eine größere Geschichte zu finden. Man könnte eine Weltgeschichte anhand eines Plastiklöffels erzählen. Denn es gab einen Moment, in dem es logischer, wirtschaftlicher erschien, nach Öl zu bohren und einen Plastiklöffel herzustellen, diesen einmal zu benutzen und dann wegzuwerfen, als jemanden einen Löffel abspülen zu lassen – und das sagt etwas über die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Orientierung an Objekten oder – wie bei Sheila Ja-

sanoff und anderen in den *Science and Technology Studies (STS)* – an einem Phänomen oder einer Gruppe von Menschen erlaubt es, über Ideen, Institutionen und materielle Formen und Strukturen insgesamt nachzudenken, gleichzeitig Ideelles und Materielles in den Blick zu nehmen.

Sprechen wir etwas weiter über Institutionen und institutionelle Strukturen. Seit langem gilt Ihr Interesse den kolonialen, postkolonialen und dekolonialen Prägungen von Staaten und Internationalen Organisationen – und der Rolle, die das Konzept der «Entwicklung» darin spielt.

In meiner Arbeit habe ich die Geschichte des Konzepts der Entwicklung als zentrale Erzählung des Übergangs von der kolonialen zur postkolonialen Ära dargestellt. Der Begriff des *development* entsteht aus der *civilizing mission*, und in gewisser Weise ist es dieses Entwicklungskonzept, das die Dekolonisierung daran hinderte, den Universalitätsanspruch der euro-amerikanischen Welt zu unterminieren. Es lud Staaten dazu ein, sich einem bereits bestehenden Projekt mit einem Vokabular der Selbsttransformation anzuschließen, das den Menschen die Illusion ihrer Selbstbestimmung vermittelte – in Wahrheit aber gerade verhinderte, dass aus der politischen Dekolonisierung wirtschaftliche Selbstbestimmung wurde. Entwicklung ebnete den Weg dafür, dass sich die Transformation von liberalen zu neoliberalen Wirtschaftsformen im Globalen Süden durchsetzen konnte. Wenn heute vom neoliberalen Staat im Globalen Norden gesprochen wird und von den Dingen, die dort den Menschen aufgebürdet werden, dann handelt es sich oft um Dinge, die den Menschen im Globalen Süden längst durch Interventionen der internationalen Finanzinstitutionen zugemutet wurden, auch im Namen der «Entwicklung». Der Süden ist also nach wie vor ein Versuchslabor. Hier wird erprobt, welche Ideen und Konzepte funktionieren, und von hier wandern sie wieder zurück in den Norden.

Woran denken Sie da genau? An die europäische Austeritätspolitik der vergangenen Jahre?

Erinnern wir uns daran, was nach der lateinamerikanischen Schuldenkrise der 1980er Jahre geschah. Die fragilen politischen Formationen, die in einer Art *grand bargain* zwischen zentralisier-

ten Autoritätsformen und sehr disparaten Bevölkerungsgruppen von Instrumenten der öffentlichen Wohlfahrt (Gesundheitsversorgung, Bildung, billige Lebensmittel) zusammengehalten worden waren, kamen durch rigide Sparmaßnahmen und Konditionalitätsauflagen unter Druck. Von den Staaten wurden Privatisierung, Liberalisierung des Kapitalverkehrs und Abschaffung von Subventionen verlangt. Die globale Finanzkrise brachte diese Instrumente auch nach Europa zurück – neoliberale Orthodoxien, die in den 1980er und frühen 1990er Jahren im Süden entfaltet worden waren.

Und natürlich spielte das Recht eine zentrale Rolle bei der Ausgestaltung dieser Situationen, und damit bei einer Neudefinition des Staates im Verhältnis zu wirtschaftlichen Akteuren. Wie verändert sich durch den genauen Blick auf Institutionen und Praktiken das Bild des Staates, das Verständnis des Rechts?

Im Rahmen meines Projekts *Invisible Leviathans* versuche ich das Verhältnis von Unternehmen, Staaten und internationalem Recht in einer langen historischen Perspektive neu zu beschreiben. Die Metapher des unsichtbaren Leviathans soll erhellen, wie die scheinbar nationalen Einheiten einzelner Unternehmen sich zu einer Art globaler Form des Weltkonzerns zusammenfügen. An Stelle kleiner Menschen, die sich in den Körper des souveränen Individuums eingliedern (wie auf dem Titelkupfer von Hobbes' Buch), werden hier nationale Unternehmen in der Organisationsform eines globalen Konzerns zusammengeschlossen – durch das internationale Recht. Was ich also historisch nachverfolgen möchte, ist die Art und Weise, in der das Völkerrecht und seine Vorläufer diesen Zusammenschluss und die «Wanderung» von Unternehmen und Staaten gen Süden ermöglichten. Normalerweise hören wir eine Geschichte über die Delegation staatlicher Autorität an Unternehmen und Binsenweisheiten wie *trade follows the flag* – aber in meiner Argumentation ist es genau umgekehrt: die Flagge folgte dem Handel, und Unternehmen waren eher wie die organischen Gebilde, die Otto von Guericke beschrieben hat, als wie die fiktiven Gebilde, die Friedrich Carl von Savigny beschrieben hat. Ich versuche, die Natur körperschaftlicher Formen nachzuzeichnen und zu beschreiben, wie im 16. Jahr-

hundert durch die Verwendung dieser Unternehmensformen im Überseehandel die Gewinnerzielung zu einem Zweck korporativer Formen wurde. Das ist in historischer und theoretischer Hinsicht der Versuch, eine lange Geschichte nicht nur über die Konzeptualisierung des Unternehmens zu erzählen, sondern auch über das, was Unternehmen waren und tun konnten – von ihren Anfängen an, die wahrscheinlich vor denen des Staates liegen. Durch die Verknüpfung von Recht und Staat bei den frühen britischen Positivisten entstand die Fiktion des Unternehmens als Geschöpf des Staates – eine Vorstellung, die nie der Realität entsprach. Sie macht die tatsächliche öffentliche Autorität, die Unternehmen ausüben, unsichtbar. Wir führen ihre Macht auf ein exogenes wirtschaftliches Phänomen zurück, vergessen aber, dass eine fiktive Person ohne eine Rechtsnorm im Hintergrund weder Macht haben noch Macht ausüben kann.

Verändert sich durch eine plurale Herangehensweise auch das Bild des Staates?

Wenn ich die Veränderungen des Unternehmensbegriffs untersuche, versuche ich auch, die Veränderungen dessen zu verfolgen, was unter internationalem Recht verstanden wird. Ich komme also vom *ius gentium*, dem klassischen *law of nations*, das nach meiner Auffassung ein pluralistisches *law of encounter* war, bis hin zur Idee des *international law*, wie Jeremy Bentham das zwischenstaatliche Recht 1840 nennt – und damit eine Fixierung auf den Staat als einzigen Akteur des Völkerrechts begründet, die es vorher nicht gegeben hatte. Ich versuche also, eine Vorstellung, einen Begriff von Völkerrecht als Recht der Begegnung (*law of encounter*) zurückzuerlangen, der rivalisierende Assoziationsformen wieder sichtbar macht, die sich in den Formen begegnen, die dieses Recht ermöglicht und befördert.

Ist der Staat in solchen kolonialen (und postkolonialen) Begegnungen am Ende auch eine Art Kolonialware, mit allen Unschärfen, die dieser Begriff einschließt?

Es liegt eine Ironie in diesem Wort. Bei der ursprünglichen Einladung zur Mitarbeit an diesem Themenschwerpunkt übersetzten Sie mir den Begriff «Kolonialware» als *colonial good* und erklärten

dann die verschiedenen Nuancen des deutschen Wortes. Das erinnerte mich daran, dass «Goods» im Englischen sowohl *commodities* als auch *goods*, also *things that are good*, bedeutet, dass also beides in dem Wort «Kolonialware» zusammenfällt. Ich habe auch die Etymologie von *good* nachgeschlagen: Die Ursprünge des Wortes sind sehr unsicher, und es gibt über die indoeuropäischen Wurzeln auch eine Verbindung zu dem Wort *gadh-*, das im Sanskrit «Beute machen» bedeutet. Die Kolonialware trägt also zugleich Tugend und Käuflichkeit in sich, ist *virtue* und *commodity*. Wenn man nun von der Rechtsform des Staates spricht, dann passt es eigentlich sehr gut, diesen als Kolonialware zu bezeichnen. Die Doppelbedeutung hilft, eine Form zu verstehen, die zugleich Handelsgut und Ort der angestrebten Tugendbildung des kolonialen Subjekts ist.

Das Gespräch führte Alexandra Kemmerer.